



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 47. Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde
am 29.02.2024, 18:00 Uhr,
im Familiengarten Eberswalde, Stadthalle "Hufeisenfabrik",
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 3 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 46. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 25.01.2024
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Informationen des Vorsitzenden
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 **Behandlung einer Petition: PE/0001/2024**
Julian Assange soll Ehrenbürger der Stadt Eberswalde werden
- 8 Informationen aus der Stadtverwaltung
- 9 Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen
- 10 Genehmigung von Eilentscheidungen
- 11 Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 11.1 **Vorlage: BV/0958/2024** **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
23 - Liegenschaftsamt
Grundstücksvergabe nach dem Einheimischenmodell Christel-Brauns-Weg
 - 11.2 **Vorlage: BV/0978/2024** **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
23 - Liegenschaftsamt
Bewertungsmatrix zur Konzeptvergabe Grundstück „Kupferhammerweg 1“

- 11.3 **Vorlage:** BV/0972/2024 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
60 - Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft
**Erneuter Vergabe- und Projektkostenbeschluss - Modernisierung der
Verwaltungsstandorte Eberswalde Stadtmitte - Altes Rathaus**
- 11.4 **Vorlage:** BV/0957/2024 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
65 - Tiefbauamt
**Öffentliches Ausschreibungsverfahren Rahmenvertrag Geh- und Radwegsanierung im
Stadtgebiet von Eberswalde**
- 11.5 **Vorlage:** BV/0973/2024 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
40 - Amt für Kindertagesstätten und städtische Grundschulen
**Öffentliches Ausschreibungsverfahren für die Essenversorgung in den Grundschulen,
Horten und Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde**
- 11.6 **Vorlage:** BV/0987/2024 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur
Bau eines Ortsteilzentrums im Ortsteil Clara-Zetkin-Siedlung
- 11.7 **Vorlage:** BV/1003/2024 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
30 - Rechtsamt
Ausschlagung einer Erbschaft
- 12 Informationsvorlagen
- 12.1 **Vorlage:** I/0037/2024 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
65 - Tiefbauamt
Vergabebericht im Vergabejahr 2023 - Teil 2 von 2
- 13 Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im
Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der
Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
- 13.1 **Gemeinsame Berichterstattung der zuständigen sach- und fachbezogenen Dezernats-
und Amtsleitung zu Schwerpunkten der inhaltlichen und organisatorischen Arbeit im
Zoologischen Garten der Stadt Eberswalde im Jahr 2024**
(Einreicher: Fraktion Bündnis Eberswalde/Einzelstadtverordnetenschaft)
- 13.2 **Gemeinsame Berichterstattung des Bürgermeisters und der Leitung des
Brandschutzamtes zur Gewährleistung des Brand- und Katastrophenschutzes an
städtischen Grundschulen und Kindertagesstätten**
(Einreicher: Fraktion Bündnis Eberswalde/Einzelstadtverordnetenschaft)

13.3 **Anfrage:** AF/0125/2024

Einreicher/zuständige Dienststelle:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Nutzung der Borsighalle

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Hoeck, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung (StVV), eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:00 Uhr.

Herr Hoeck begrüßt alle Anwesenden zur Hybridsitzung der StVV der Stadt Eberswalde, an der nachstehende Stadtverordnete mit begründeten und von ihm genehmigten Anträgen gemäß § 34 Abs. 1a BbgKVerf per Videozuschaltung teilnehmen dürfen:

	gemäß Antrag vom	und Genehmigung vom
Frau Büschel	29.02.2024	29.02.2024
Herr Dietterle	04.02.2024	04.02.2024
Herr Kraushaar	26.02.2024	26.02.2024
Herr Zinn	29.02.2024	29.02.2024

Die per Video zugeschalteten Stadtverordneten teilen auf Nachfrage jeweils mit, dass die Video- und Audioübertragung funktioniert.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Hoeck stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Einwendungen werden hiergegen nicht vorgetragen.

Herr Hoeck stellt fest, dass 28 Stadtverordnete, davon 24 in Präsenz und 4 per Videozuschaltung sowie der Bürgermeister, anwesend bzw. zugeschaltet sind, mithin **29 Stimmberechtigte**, (Anlage 1).

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 46. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 25.01.2024

Einwendungen hiergegen werden nicht vorgetragen.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

- 4.1 Herr Hoeck informiert, dass die Verwaltung mitgeteilt habe, dass bei den Tagesordnungspunkten 13.1 und 13.2 bedauerlicherweise der Einreicher nicht aufgeführt worden sei. Die beiden Tagesordnungspunkte sind daher entsprechend jeweils um die einreichende Fraktion „Bündnis Eberswalde/Einzelstadtverordnetenenschaft“ zu ergänzen.
- 4.2 Herr Hoeck teilt mit, dass Herr Wolfgramm im Hauptausschuss als Einreicher der Beschlussvorlage BV/0987/2024 „Bau eines Ortsteilzentrums im Ortsteil Clara-Zetkin-Siedlung“ mitgeteilt habe, dass die Beschlussvorlage zurückgezogen werde und fragt Herrn Wolfgramm, ob dies auch für die Stadtverordnetenversammlung gelte.

Herr Wolfgramm sei verwundert, dass sich die Beschlussvorlage noch auf der Tagesordnung befinde, weil diese in die Fachausschüsse überwiesen worden sei. Er teilt mit, dass die Beschlussvorlage in der nächsten Sitzung in allen Fachausschüssen auf die Tagesordnung genommen werde solle.

Herr Hoeck weist darauf hin, dass dies nur erfolgen könne, wenn die Vorlage in die Fachausschüsse verwiesen werde. Ein Verweisungsantrag sei bis dato nicht abgestimmt; demnach bleibe die Beschlussvorlage auf der heutigen Tagesordnung.

- 4.3 Die Anfrage AF/0125/2024 „Nutzung Borsighalle“ (**Anlage 2**) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt und ist somit Bestandteil der Tagesordnung.
- 4.4 Die Beschlussvorlage BV/1003/2024 „Ausschlagung einer Erbschaft“, Einreicher ist das Rechtsamt, wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten per E-Mail zugesandt sowie verteilt. Aufgrund der nicht fristgerechten Einreichung der Beschlussvorlage zur heutigen Sitzung ist die Eilbedürftigkeit durch den Einreicher zu begründen.

Herr Berendt teilt mit, dass es hin und wieder Erbschaften gebe, deren Verwertung laufendes Geschäft der Verwaltung sei. Im vorliegenden Fall handele es sich allerdings um einen sehr ungewöhnlichen Fall, weil es eine sehr ungewöhnliche Verfügung zugunsten der Stadt gebe. Da es kein Geschäft der laufenden Verwaltung sei, ist eine unverzügliche Entscheidung der StVV vorgesehen. Er teilt weiter mit, dass die zeitliche Frist für den Umgang mit dieser Erbschaft in § 1944 BGB geregelt sei und es auch keine Ausnahmen oder Verlängerungstatbestände gäbe. Insofern sei dieser Sachverhalt heute vorzutragen, zu beraten und darüber zu befinden. Er bittet daher um Aufnahme in die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Eilbedürftigkeit der Beschlussvorlage: einstimmig zugestimmt

Herr Zinn teilt mit, dass er für seine Fraktion einen Antrag auf Aufnahme von zwei

Tagesordnungspunkten per E-Mail eingereicht habe, die nun als Anfragen eingeordnet worden seien, was ihn verwundert habe.

Herr Prescher stellt zunächst fest, dass die Fraktion die Aufnahme von zwei Tagesordnungspunkten beantragt habe und dies mit den Tagesordnungspunkten 13.1 und 13.2 auch erfolgt sei. Streitig sei lediglich, an welcher Stelle der Tagesordnung diese eingeordnet wurden. Die Frage, wo bestimmte Themen in der Tagesordnung eingeordnet werden, werde bei der Benehmensherstellung zwischen dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und dem Hauptverwaltungsbeamten (im vorliegenden Fall vertreten durch den Verwaltungsdezernenten in seiner Funktion als Stellvertreter des Bürgermeisters) festgelegt. Es gebe ein Reglement in § 3 Abs. 3 GOSTVVEW, wie eine Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung gegliedert sein soll. Es sei auszulegen gewesen, was das eigentliche Anliegen der beiden gewünschten Tagesordnungspunkte sei. Da es sich nicht um eine Beschlussvorlage handelte, sondern die Fraktion von der Verwaltung offensichtlich Informationen (in Form von Berichten) erfragen wollte, passte es in der Gliederung des § 3 Abs. 3 GOSTVVEW als Tagesordnungspunkte unter „Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung“. Er halte die bei der Benehmensherstellung vorgenommene Einordnung in die Tagesordnung, die auch mit dem Rechtsamt abgestimmt worden sei, für vertretbar.

Herr Walter ist der Ansicht, dass die Tagesordnungspunkte 13.1 und 13.2 in die Fachausschüsse gehören. Er werde dies entsprechend beantragen.

Herr Zinn teilt mit, dass er diese Anträge im Namen seiner Fraktion bewusst für die StVV eingereicht habe. Er sei verwundert, dass die einreichende Fraktion nicht genannt worden sei. Ferner habe jeder Stadtverordnete das Recht, Anfragen zu stellen und Tagesordnungspunkte einzureichen. Seine Fraktion habe ganz bewusst diese beiden Tagesordnungspunkte eingereicht. Er hätte sich von der Verwaltung eine kommunalrechtliche Beratung mit einer Begründung gewünscht, was möglich sei und auch wo die Themen in die Tagesordnung eingeordnet werden.

Herr Herrmann teilt mit, dass er einige Zeit nicht im Dienst gewesen sei. Er bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen, die versucht haben, das Ganze zu entwirren. Die Verwaltung sei bereit, die gewünschten Informationen zu geben, er könne jedoch die Art und Weise von Herrn Zinn nicht mittragen. Wenn Herr Zinn den Eindruck habe, dass es in den Ausschüssen nicht so gut laufe, könne sich Herr Zinn gerne an den Bürgermeister wenden. Er regt an, dass die Tagesordnungspunkte in den Fachausschüssen behandelt und diskutiert werden. Weiterhin merkt er an, dass die Stadtverordneten zwar ihn als Bürgermeister gerne in die kommunalen Gremien zitieren könnten, er jedoch als Bürgermeister entscheide, ob und welche Amtsleiterinnen und Amtsleiter dort berichten. Herr Herrmann teilt mit, dass jedoch in den Ausschüssen die entsprechende Amtsleitung anwesend sein werde.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: mehrheitlich zugestimmt
TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Hoeck teilt mit, dass er gemeinsam mit dem Bürgermeister und weiteren Mitarbeitern der Verwaltung am 30.01.2024 zum „Tag des Gedenkens und der Versöhnung“ in der Partnerstadt Gorzów Wielkopolski zu Besuch gewesen sei. Eberswalde sei von den drei deutschen Partnerstädten am besten vertreten gewesen.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

6.1 Einwohnerin:

- äußert sich besorgt, dass sich die Eskalationsspirale immer weiterdrehe und Herr Boris Pistorius, Bundesminister für Verteidigung, fordere, dass Deutschland kriegstüchtig werde, weil Experten befürchten, dass Russland uns in fünf bis acht Jahren angreifen könne; Soldaten sollen an wichtigen Stationen stationiert werden; Bürger sollen Freiwilligendienst leisten und eigene Schutzräume errichten; vor diesem Hintergrund frage sie Folgendes:

1. Welche Schutzraummöglichkeiten kann die Stadt Eberswalde für ihre Bürger bieten? Wie viele Plätze sind dort vorhanden und wo befinden sich diese Plätze?
2. Ist die Stadtverwaltung bereit und gewillt, den Bürgerinnen und Bürgern bei der Errichtung eigener Schutzräume zu unterstützen? Wie würde eine solche Unterstützung aussehen?

Sie ist der Ansicht, dass ein konkret ortsspezifischer Bezug vorliegen würde; sollten dennoch Zweifel bestehen, verweise sie auf den Menschenrechtsbericht der Bundesregierung, in dem es heiße, dass der Einsatz für die Menschenrechte eine alle Politikfelder durchziehende Querschnittsaufgabe sei – damit sei auch die Kommunalpolitik gemeint; sie wolle hier das Recht auf Leben

Herr Herrmann teilt mit, dass er die Fragen schriftlich beantworten werde.

6.2 Einwohner:

- sei von der Eskalation, die in Finow stattfinde, betroffen; er teilt mit, dass entgegen dem Zwei-plus-Vier-Vertrag stationierte NATO-Truppen gebe, die in Finow reingefahren seien wie damals die russische Armee; er fragt, welche militärische Strategie die Stadt verfolge und welche Informationen die Stadt habe; er teilt mit, dass die Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages sage, dass lediglich deutsche Truppen hier stationiert werden dürften und keine Truppen aus der NATO; er teilt weiter mit, dass die andauernde Nutzung des Flugplatzes einen enormen Fluglärm verursache, den die Finower ertragen müssten und fragt, was die Stadt dagegen unternehmen würde

- ferner fragt er, wie mit den Chemtrails umgegangen werde und was damit passieren würde; es seien laufend mehrere Streifen am Himmel, die das Klima negativ beeinflussen würden

Herr Herrmann teilt mit, dass er unter TOP 8 „Informationen aus der Stadtverwaltung“ einen Bericht zur Situation auf dem Flugplatz Finow geben werde.

6.3 Einwohnerin:

- teilt mit, dass sie die Petition eingereicht habe, um Herrn Julian Assange zum Ehrenbürger von Eberswalde zu machen; sie gehe davon aus, dass Julian Assange vielen bekannt sei; sie führt aus, dass er, nachdem er viele Verbrechen aufgedeckt habe, er z. B. in Schweden eines Vergewaltigungsdeliktes bezichtigt worden sei; Herr Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter, hätte dann festgestellt, dass es sich um einen „konstruierten“ Vorwurf gehandelt habe; weiterhin habe der Deutschlandfunk im September 2021 darüber berichtet, dass der US-Geheimdienst CIA die Entführung und Ermordung von Julian Assange geplant hätte; es ginge darum, dass Julian Assange an die USA ausgeliefert werden sollte, wogegen er sich gewehrt hätte; sie führt weiter aus, dass es viele Unterstützungsinitiativen gegeben habe, um ihn befreien zu können, da Julian Assange nie angeklagt oder verurteilt worden sei; er sei ein politisch Verfolgter, der seit ca. fünf Jahren in einem Hochsicherheitsgefängnis in London sitze; sie habe die Idee aus Italien übernommen, auch Herrn Julian Assange hier in Deutschland in verschiedenen Städten zum Ehrenbürger ernennen lassen zu wollen; sie führt weiter aus, dass der § 26 BbgKVerf vorgebe, wann eine Persönlichkeit zum Ehrenbürger einer Stadt ernannt werden könne – dort stehe, dass die Gemeinde Persönlichkeiten, die es sich besonders um sie verdient gemacht haben, das Ehrenbürgerrecht verleihen könne; Persönlichkeit heiße, dass die Person kein Einwohner von Eberswalde sein müsse; „besonders verdient gemacht haben“ sei ein juristischer Begriff, der einer Auslegung bedürfe; ihre Begründung für diese Ehrenbürgerschaft sei, dass Julian Assange wie kein anderer Journalist durch seine Handlungen für Pressefreiheit, Aufklärung, Transparenz und die Suche nach, bzw. Annäherung an die Wahrheit stehe, was zentrale Pfeiler der Demokratie seien; mit seinem Handeln habe er einen unschätzbaren Dienst für alle Menschen getätigt und damit auch für die Stadt Eberswalde und ihre Bürgerinnen und Bürger, die ein freies und selbstbestimmtes Leben leben und Entscheidungen treffen möchten, die ihnen und dem Gemeinwohl dienlich seien; dafür benötigen sie umfassende Informationen, weshalb die Pressefreiheit ein zentrales Thema in einer Demokratie darstelle; wenn sie fragen, was Julian Assange für Eberswalde getan habe, könne sie zuzüglich zu den bereits erwähnten Argumenten nur sagen, dass er etwas Großartiges leiste, wenn ihm die Ehrenbürgerschaft verliehen würde, könne die Stadt Eberswalde die erste Stadt in Deutschland sein, welche die Idee aus Italien aufgreife und ihn entsprechend; damit würde Eberswalde viel positive Presse erhalten und sich neben Städten wie Neapel und Rom einreihen; es seien nicht zuletzt auch Eberswalderinnen und Eberswalder, die 1989/1990 in der DDR nicht nur für ihre Freiheit, sondern auch für das Recht auf Pressefreiheit und Informationen auf die Straße gegangen seien; die Ehrenbürgerschaft für Julian Assange sei somit auch eine Würdigung dieser Menschen und ihrer Aktionen; das Wegsperrern von Julian Assange sei zugleich ein Angriff auf diese Errungenschaften; viele Menschen würden diese Stadt dann damit verbinden, dass sich hier aktiv für Julian Assange und damit für die Pressefreiheit, Gerechtigkeit und Demokratie eingesetzt würde; dies sei ein unbezahlbarer Imagegewinn; dies könne wiederum andere Städte in Deutschland dazu anregen, sich ebenfalls für die Ernennung von Julian Assange zum Ehrenbürger einzusetzen, was ein lautes, positives und demokratisches Signal an Julian Assange selbst, aber auch an seine Verfolger setzen würde und könne damit mithelfen, ihn freizubekommen; sie bedanke sich vielmals für die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger von Eberswalde; sie habe eine Online-Petition mit 100 Stimmen gesammelt; besonderen Dank gelte der Partei „Die PARTEI“, insbesondere Herrn Wolfgramm, der

sie von Anfang an unterstützt habe

6.4 Einwohner:

- fragt nach dem aktuellen Stand der B167 neu

Frau Fellner teilt mit, dass es dieses Vorhaben durch den Bund gebe, welches geplant und auch weiterverfolgt werde.

Herr Herrmann teilt ergänzend mit, dass vor kurzem Bodenuntersuchungen vorgenommen worden seien, jedoch das Vorhaben noch längere Zeit dauern würde.

6.5 Einwohnerin:

- fragt nach dem aktuellen Stand des Taubenhauses am Bahnhof Eberswalde

Herr Herrmann teilt mit, dass dies schriftlich beantwortet werde.

Die Einwohnerfragestunde endet um 18:39 Uhr.

TOP 7

Behandlung einer Petition: PE/0001/2024

Julian Assange soll Ehrenbürger der Stadt Eberswalde werden

Herr Hoeck teilt mit, dass der Wortlaut von „§ 26 BbgKVerf Ehrenbürgerrecht und Ehrenbezeichnung“ und eine Kommentierung vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt bzw. zugesandt worden sei **(Anlage 3)**.

Herr Wolfgramm bedankt sich bei Frau Ludwig für die Ausführungen zur Ehrenbürgerschaft von Julian Assange in der Einwohnerfragestunde. Er teilt im Namen seiner Fraktion mit, dass er eine Beschlussvorlage einbringen werde, sofern die Petition abgelehnt werden sollte.

Herr Zinn teilt mit, dass er sich gewünscht hätte, dass die vor der Sitzung an die Stadtverordneten verteilte Kommentierung zu § 26 BbgKVerf zu Ehrenbürgerrecht und Ehrenbezeichnung (vgl. Anlage 3) bereits vor der StVV vorgelegen hätte und auch im Rats- und Bürgerinformationssystem eingestellt worden wäre, um sich intensiver einlesen zu können. Er fragt, ob die von Herrn Wolfgramm angekündigte Beschlussvorlage in den Fachausschüssen oder nur in der StVV behandelt werde. Er fragt ferner, ob es eine Richtlinie gebe, in der klar festgelegt sei, wie mit dem Prozedere umgegangen werde. Er habe sich mit dem Thema Ehrenbürgerschaft befasst und festgestellt, dass mit den 100 gesammelten Unterschriften von Eberswalderinnen und Eberswalder nicht von einer erfolgreichen Petition gesprochen werden könne. Aus seiner Sicht sollte dies auch kommunalrechtlich berücksichtigt werden.

Herr Wolfgramm teilt mit, dass er die Beschlussvorlage in alle Fachausschüsse einbringen werde.

Herr Wolfgramm beantragt Rederecht für Frau Ludwig.

Abstimmungsergebnis zu Rederecht von Frau Ludwig: mehrheitlich zugestimmt

Frau Parys und Herr Parys nehmen ab 18:49 Uhr an der Sitzung teil (**31 Stimmberechtigte**).

Am Ende der Diskussion ist festzustellen, dass die Mehrheit der Stadtverordneten die Ehrenbürgerschaft von Julian Assange ablehnt, die Verwaltung jedoch prüfen solle, wie die Stadtverordnetenversammlung sonst eine Unterstützung von Julian Assange deutlich machen könne.

Abstimmungsergebnis zur Petition: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zum Prüfauftrag an die Verwaltung: mehrheitlich zugestimmt

TOP 8

Informationen aus der Stadtverwaltung

8.1 Herr Herrmann:

- teilt mit, dass einigen – spätestens durch die Medienberichte – auch die Truppenbewegungen des britischen Militärs im Zuge einer NATO-Übung in unserer Stadt aufgefallen seien; hierzu seien viele Fragen aufgelaufen; er teilt Folgendes mit:

Die ersten Konvois seien Anfang Februar 2024 auf dem Flugfeld in Finow angekommen, worüber die Stadt von den militärischen Strukturen nicht informiert worden sei – eine der ersten Informationen sei vom Betreiber des Flugplatzes, Herrn Knoll, selbst erfolgt. Nachfolgend seien im Rathaus verstärkt Nachfragen zur aktuellen Situation auf dem Flugplatz Finow von der Eberswalder Bevölkerung eingegangen. Der Bürgermeisterbereich habe daraufhin Anfragen an die Pressestelle des Heeres in Strausberg, das Landeskommando in Brandenburg sowie an die Pressestelle der britischen Streitkräfte gerichtet. Die Informationsarbeit sei daraufhin im Landeskommando Brandenburg zusammengelaufen. Im Nachgang sei ein Informationstermin für die regionalen Medien wie Märkische Oderzeitung (MOZ), rbb und Waldstadtjournal durch das Landeskommando auf dem Flugplatz initiiert worden. Nach Aussagen der Pressestelle des Landeskommandos Brandenburg bestehe keine Informationspflicht gegenüber den Kommunen. Abgesehen von Konvois der Bundeswehr ab zehn Fahrzeugen – die Informationspflicht bestehe dann aber gegenüber dem Landkreis, welcher die Informationen weiterleiten müsse. Im aktuellen Fall habe es sich aber um Truppenbewegungen von NATO-Verbänden gehandelt, mit einer größeren Gesamtteilnehmerzahl, aber immerhin von Konvois zwischen fünf und neun Fahrzeugen. Eine diesbezügliche Öffentlichkeitsarbeit des Landeskommandos sei bis zum damaligen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Die Durchreise der britischen Streitkräfte erfolgte im Zuge der Übung „Brilliant Jump“, die wiederum Teil des NATO-Großmanövers „Steadfast Defender“ (Standhafter Verteidiger) sei und der übergeordneten Route von Norddeutschland mit der Anlandung der Fahrzeuge via Schiff in Emden gefolgt sei. Das militärische Personal sei aus Mittelengland mit Hilfe von Flugzeugen verlegt worden. Die in Eberswalde wahrgenommenen Truppenbewegungen dienten der Übung zur schnellen Verlegung von Truppen im Ernstfall. Die Verbände würden zur „NATO Responce Force“ gehören und die sogenannte schnelle Eingreiftruppe der NATO bilden.

Der Zielpunkt der Bewegung liege in der Republik Polen, wo das Kontingent als Teil der Übung trainiert und abschließend zertifiziert werde. Die regionale Route ginge über die Autobahn A11, Abfahrt Finowfurt auf die Bundesstraße B167 und die Biesenthaler Straße (L293, „Telekomstraße“) zum Flugplatz Finow. Informationen zur genauen Fahrtstrecke und zu Zwischenhalten seien aus Gründen der militärischen Sicherheit im Vorfeld nicht gegeben worden. Die zurückzulegenden Distanzen orientieren sich an zivilen Vorgaben, etwa einzuhaltenden Fahrzeiten und einer maximalen Distanz von 400 km auf Tagesmärschen. Der Flugplatz sei aufgrund dieser Kriterien als möglicher Rastort ausgewählt und für einen logistischen Support der Konvois von britischen Soldaten vorbereitet und genutzt worden. Nicht die Stadt Eberswalde sei angefragt worden, sondern der Betreiber des Flugplatzes in Finow – dort liege auch die Entscheidung. Weder sei die Stadt Eberswalde am Flugplatz beteiligt, noch würden aktuell Fördermittel fließen. Zudem würden nur etwa 20 Prozent der Fläche auf kommunalen Flurstücken liegen – das Gros der Fläche ist der Gemeinde Schorfheide zuzuordnen. Es sei ein Informationsstand in der Stadtverwaltung aufgebaut und Auskünfte eingeholt werden. Aus Sicht der Stadtverwaltung sei es abzusehen, dass eine sichtbare und in den Medien nachvollziehbare Auseinandersetzung mit den durchfahrenden Konvois zu einer öffentlichen Diskussion führen würde. Wäre über die Aktivitäten nicht berichtet worden, hätte dies womöglich ein falsches Bild erzeugt. Dass es zu Protesten gekommen sei, bleibe Teil demokratischer Strukturen. Unser Ziel sei es und müsse es bleiben, dass wir mit Fakten agieren und wir die Bürgerinnen und Bürger mit den uns zur Verfügung stehenden Informationen versorgen. Am 27.02.2024 kam es aufgrund unserer umfangreichen Nachfragen zum Besuch der britischen Streitkräfte im Rathaus der Stadt Eberswalde. Es seien aktuelle Fragen geklärt sowie von städtischer Seite Hinweise zur besseren Informationsübermittlung diskutiert. Von britischer Seite waren anwesend: Mr Graham Barnett (Verbindungsoffizier), Captain Richard Wright (führt das Instandsetzungsbataillon des Regiments), Major Fergus Cowan (kommandierender Offizier der 36. Schwadron des 10. Queen's Own Gurkha Logistic Regiments). Vom britischen Verbindungsoffizier sei eingeschätzt worden, dass die Reaktionen – gerade in den neuen Bundesländern – unterschätzt worden sei. Eine Präsenz in den alten Bundesländern sei normal und demnach nicht außergewöhnlich. Besonders zu den ersten Konvois sei zu spät oder gar nicht informiert worden. Das würde man auch in Zusammenarbeit mit den deutschen Stellen ändern. Durch Oberstleutnant Schachel, verantwortlicher Offizier für die Informationsarbeit des Landeskommandos Brandenburg, sei informiert worden, dass ein Informationsblatt sowie die zukünftige Informationsstrategie gegenüber den Kommunen und das rechtlich Mögliche aktuell im Presse- und Informationsamt des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr in Berlin ausgearbeitet werden würden. Die Stadt Eberswalde stehe aktuell mit allen Institutionen in engem Kontakt und werde im Rahmen der militärisch-strategischen Möglichkeiten sowie im Zuge einer neu aufgestellten Informationspolitik zu zukünftigen Ereignissen in Kenntnis gesetzt. In den Monaten April und Mai 2024 seien abermals Konvois auf dem Flugfeld Rast geplant. Dies werden aber nicht mehr die gleichen Truppenteile sein – die einen anderen Rückweg nehmen würden – und weit weniger Konvois, als auf der Fahrt nach Polen.

- teilt mit, dass er sich nach dem temporären Mini-Wochenmarkt in Finow weiter um die Versorgungssituation kümmern werde, über das Ergebnis zur Frage, ob ein regelmäßiger

Wochenmarkt in Finow stattfinden könne, seien die Fraktionen bereits schriftlich informiert worden; er führt aus, dass trotz einer durchweg positiven Resonanz der Bürgerinnen und Bürger zum Mini-Wochenmarkt die Händler aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu einem angedachten ständigen Wochenmarkt eher skeptisch blieben; mit der Evaluation der Möglichkeiten sei die Stadtverwaltung, hier besonders Frau Schostan vom Referat für Smart City und Stadtmarketing, betraut worden; Ende November 2023 sei ein Initialisierungstreffen in den Räumen des Referates mit der deutschen Marktgilde, dem Vertriebsleiter und den Marktmeistern zur Planung eines Wochenmarktes in Finow initiiert worden; es seien Absprachen zur Flächennutzung, Bereitstellung von Strom, Unterstützung durch den städtischen Bauhof sowie ein erstes Anschreiben der Deutschen Marktgilde eG vom 15.12.2023 an die Händler in die Wege geleitet und um eine Rückmeldung bis zum 08.01.2024 gebeten worden; die Kolleginnen des Referates hätten parallel persönliche Ansprachen unternommen, den Kontakt zur Deutschen Marktgilde eG koordiniert und zwei weitere Anschreiben an mögliche Händler erwirkt – eine letzte Option für eine positive Händlerresonanz sei am 24.01.2024 verstrichen; er teilt weiter mit, dass es trotz umfangreicher Bemühungen durch die Stadtverwaltung und der Deutschen Marktgilde eG sowie großem administrativen Engagement nicht möglich gewesen sei, eine ausreichende Zahl an Händlern für einen dauerhaften Marktbetrieb im Ortsteil Finow zu gewinnen; eine für alle Mitwirkenden und Interessenten zufriedenstellende Versorgung in Form eines dauerhaften Wochenmarktes sei so leider nicht realisierbar; dennoch bliebe die positive Erfahrung, bei möglichen Engpässen in der Vor-Ort-Versorgung mit geeigneten Mechanismen, etwa einem temporären Mini-Wochenmarkt und gemeinschaftlichem Engagement, reagieren zu können

- informiert anhand einer Power-Point-Präsentation zum „Waldstadt-Festival“, dem neuen Stadtfest **(Anlage 4)**

8.2 Frau Fellner:

- informiert zum Sachstand bezüglich des Einkaufszentrums „Heidewald“, da es in der Vergangenheit Kritik am Unterhaltungszustand gegeben habe; die Vermieterin hätte darauf reagiert und die Müllbeseitigung veranlasst, wovon sich Frau Fellner habe überzeugen können; ebenso sei das Einkaufszentrum „Heidewald“ vom Dienstleister gereinigt worden; ferner seien Daueraufträge für die Unterhaltung veranlasst worden; Frau Fellner teilt zu den grundsätzlichen Plänen ferner Folgendes mit: In den vergangenen Wochen habe es einen erneuten Termin mit den Vertretern der Eigentümerseite, dem Baudezernat und ihr gegeben; demnach sei vonseiten des Eigentümers versichert worden, dass alles dafür getan werde, ein funktionierendes Einkaufszentrum zu entwickeln; der Stadtverwaltung sei folgender Sachstand übermittelt worden: Der Vermietungsprozess dauere an; mit wichtigen Ankermetern im Lebensmittelbereich würde die Vertragsunterzeichnung unmittelbar bevorstehen, ebenso mit Interessenten an weiteren großen Flächen, um ein abgerundetes Angebot für das Einkaufszentrum „Heidewald“ zu schaffen; nachdem es sich um ein Bestandsobjekt handele, seien die Baubeschreibungen zentrales Thema – diese werden entsprechend mit den jeweiligen Mitteln und Bauabteilungen der künftigen Mieter und dem Planer abgestimmt und seien Bestandteil der neuen Mietverträge; die Eigentümer gehen davon aus, dass die Vermietung der großen Flächen bis Anfang April 2024 abgeschlossen sein werde; aktuell seien sie mit den Planern in der Vorplanung im Hinblick auf den Bauantrag, der bestenfalls bis zum Beginn des 3. Quartals 2024 eingereicht werden könne; gleichzeitig würden die

Finanzierungsgespräche mit den Banken laufen; parallel dazu laufe die Abstimmung mit ihr und den Kollegen im Baudezernat und der Abgleich zwischen dem Vorhaben und dem Bebauungsplan; aus diesen Abstimmungen daraus seien bis dato keine großen Hürden zu erkennen; wenn das Vermietungsgeschäft so laufe wie die Eigentümer es sich wünschen, bestehe die Aussicht, dass das Einkaufszentrum „Heidewald“ voraussichtlich im nächsten Jahr eine grundsätzliche Erneuerung erfahren könne

8.3 Herr Berendt:

- informiert, dass die Bürgerdienste ab dem 14.03.2024 erst ab 12:00 Uhr gewährleistet werden könne, da am 14.03.2024 eine Betriebsversammlung anstehe und den Kolleginnen und Kollegen eine Teilnahme an der Versammlung ermöglicht werden solle

Herr Jur nimmt ab 19:22 Uhr an der Sitzung teil (**32 Stimmberechtigte**).

8.4 Herr Schlüter:

- teilt mit, dass die Digitalisierung der städtischen Angebote für die Bürgerinnen und Bürger weiter voranschreiten würde; im nächsten Schritt werde es für Eltern ab morgen möglich sein, einen Termin mit den Mitarbeiterinnen der Kita-Verwaltung über ein Online-Tool zu buchen, was Zeit und Aufwand spare und damit den Service verbessere
- teilt weiter mit, dass der Ausbau der Kita „Löwenherz“ in Nordend in dieser Woche begonnen habe und alles nach Plan laufe; diese Maßnahme werde im August 2024 abgeschlossen sein; damit würden den Familien weitere 30 Kita-Plätze zur Verfügung stehen
- lädt alle persönlich zum abschließenden Treffen des Arbeitskreises Kulturkonzeption ein; diese dritte Zukunftswerkstatt werde am 18.03.2024, ab 17 Uhr im Familiengarten stattfinden – eine schriftliche Einladung an alle sollte herausgegangen sein; er merkt an, dass der Entwurf der Fortschreibung der Kulturkonzeption einige Tage vorher auf der Website eberswalde.kulturkonzeption.de veröffentlicht werde, um dann vor Ort noch einmal diskutieren zu können, ehe dieser im Zuge einer Beschlussvorlage an die Stadtverordneten gehe; er teilt mit, dass es die Gelegenheit geben werde mit der Teilnahme ein noch besseres Gefühl für die Wünsche, Belange und Bedarfe der Kultur-Akteure der Stadt zu bekommen; deshalb freue er sich über jeden Menschen, der am 18.03.2024 dabei sein könne

Die Informationen aus der Stadtverwaltung enden um 19:33 Uhr.

TOP 9

Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen

Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 10

Genehmigung von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

TOP 11

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 11.1

Vorlage: BV/0958/2024 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
23 - Liegenschaftsamt

Grundstücksvergabe nach dem Einheimischenmodell Christel-Brauns-Weg

Herr Zinn teilt mit, dass er bereits im Hauptausschuss mitgeteilt habe, dass er dieser Beschlussvorlage zustimme, jedoch in der StVV noch Anmerkungen machen werde. In Reflexion der geführten Debatten hoffe er, dass das Einheimischenmodell nicht mehr Frust als Lust verursache. Er finde, dass der Inhalt dieser Beschlussvorlage nur schwer zu verstehen und ein komplizierter Prozess sei. Er merkt an, dass es aus zeitlichen Gründen nicht möglich sei, eine neue Richtlinie zu erarbeiten. Er hoffe dennoch, dass es noch Bewerber gebe. In Bezug auf Richtlinien sei die Stadt Eberswalde – beispielsweise im Vergleich zur Stadt Velten – die Stadt mit den höchsten Anforderungen; ob dies in jedem Fall gerechtfertigt sei, könne er nicht beurteilen. Herr Zinn teilt mit, dass bei Bürgerinnen und Bürgern im Ortsteil Finow die Frage aufgekommen sei, ob die weniger wertigeren Grundstücke nach dem Einheimischenmodell vergeben werden und die qualitativ guten Grundstücke in die aktive Vermarktung gehen würden. Er fragt, ob diese Einschätzung der Realität entspreche.

Frau Fellner teilt mit, dass sie die Nachfrage von Herrn Zinn bereits im ASWU und im Hauptausschuss beantwortet habe. Die Stadtverwaltung habe bewusst die Grundstücke über das gesamte Baugebiet verteilt. Es sei nicht zielführend, dass die Grundstücke, die in das Einheimischenmodell gehen, gebündelt werden würden. Es sei das Prinzip der Durchmischung verfolgt worden. Ferner seien Grundstücke unterschiedlicher Größe angeboten worden. Es sei ein kompliziertes, aber rechtssicheres Verfahren. Sie bedanke sich beim Liegenschaftsamt, dass so viel präzise Arbeit geleistet habe, dass ein gutes Konzept vorliege.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 47/438/24

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird, die in der Anlage 1 im Baugebiet Christel-Brauns-Weg (Bebauungsplan Nr. 606) farblich in blau umrandet und jeweils mit einem blauen Punkt gekennzeichneten 19 Grundstücke im Rahmen der Richtlinie der Stadt Eberswalde zur Grundstücksvergabe im Einheimischenmodell (Beschluss BV/0812/2023) zu einem vergünstigten Quadratmeter-Preis in Höhe von 96,00 EURO zu verkaufen.

TOP 11.2

Vorlage: BV/0978/2024 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**

Bewertungsmatrix zur Konzeptvergabe Grundstück „Kupferhammerweg 1“

Austauschseiten zur Beschlussvorlage (**Anlage 5**) sowie Austauschseiten zur Anlage der Beschlussvorlage wurden vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt.

Herr Zinn teilt mit, dass er der Beschlussvorlage zustimmen werde. Er ist der Ansicht, dass sich die Mehrheit der Stadtverordneten für eine Erbbaupacht ausgesprochen hätten. Er erinnere daran, dass viel Geld für Veranstaltungen zur Erbbaupacht ausgegeben worden sei. Er würde es begrüßen, dass ein nicht so großes Prozedere daraus gemacht werde und die Liegenschaft zeitnah einer sinnvollen Nutzung zugeführt werde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 47/439/24

1. In Ergänzung zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2022 (Beschluss-Nr. 36/360/22) beschließt die Stadtverordnetenversammlung die als Anlage 1 beigefügte „Bewertungsmatrix – Kupferhammerweg 1“, welche im Rahmen der Ausschreibung des Grundstücks Kupferhammerweg 1 zum Verkauf in Form der Konzeptvergabe veröffentlicht und somit im Rahmen des Grundstücksvergabeverfahrens Grundlage der Gebotswertung „Kaufpreis und Konzept“ wird.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2022 Beschluss-Nr. 36/360/22 dahingehend, dass in der Ausschreibung zum Verkauf ein Mindestpreis durch die Stadt Eberswalde nicht angegeben wird.

TOP 11.3

Vorlage: BV/0972/2024

Einreicher/zuständige Dienststelle:

60 - Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft

Erneuter Vergabe- und Projektkostenbeschluss - Modernisierung der Verwaltungsstandorte Eberswalde Stadtmitte - Altes Rathaus

Herr Zinn teilt mit, dass er der Beschlussvorlage zustimmen werde, jedoch würde es keinen guten Eindruck nach außen machen, weil sich die Sanierung des Rathauses bereits über mehrere Jahre hinziehe. Ob man sich gegenüber der Bevölkerung glaubhaft mache, werde sich in der neuen Wahlperiode zeigen. Er fragt, ob mit dem Rathausumbau auch eine gastronomische Nutzung vorgesehen sei. Nach seiner Erinnerung gebe es ein Wahlversprechen des Bürgermeisters, dass für eine Gastronomie im Rathaus Eberswalde gesorgt werde.

Herr Herrmann teilt mit, dass er seine Versprechen grundsätzlich halten werde, jedoch sei es momentan aus haushälterischen Aspekten nicht möglich, den Hauptteil des Verwaltungsstandortes zu sanieren. Ferner sei es ein sehr schlechtes Zeichen, Dinge nicht zu tun, dafür jedoch das Rathaus zu sanieren. Der Verwaltung sei wichtiger, andere Dinge voranzutreiben. Er teilt mit, dass es im

Amtsblatt für die Stadt Eberswalde, Ausgabe April 2024, eine Information des Bürgermeisters zur Thematik geben werde. Eine Nutzung des Ratskellers unabhängig von der Rathaussanierung sei baulich so schnell nicht möglich.

Frau Fellner teilt ergänzend mit, dass vonseiten der Fraktionen Bürgerfraktion Eberswalde und CDU eine Beschlussvorlage „Ratskeller“ eingereicht worden sei (vgl. Beschluss-Nr. 22/171/16). Aus dem Beschluss gehe hervor, dass im Rahmen der Rathaussanierung alle notwendigen Medienanschlüsse im Ratskeller hergestellt werden sollen, so dass auch eine spätere gastronomische Nutzung im Sinne des Gaststättengesetzes möglich sei. Sie teilt weiter mit, dass das Hauptgebäude im Moment bis auf die bekannten Punkte der TUIV nicht saniert werden würde, und auch der Ratskeller im Moment nicht saniert werden könne.

Frau Oehler stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 47/440/24

Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Vergabeverfahren durchzuführen und die Aufträge zur Realisierung des Bauvorhabens zu erteilen.

TOP 11.4

Vorlage: BV/0957/2024

Einreicher/zuständige Dienststelle:

65 - Tiefbauamt

Öffentliches Ausschreibungsverfahren Rahmenvertrag Geh- und Radwegsanierung im Stadtgebiet von Eberswalde

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 47/441/24

1. Der Beschluss mit der Beschlussnummer H 264/44/23, gefasst durch den Hauptausschuss in der öffentlichen Sitzung am 07.12.2023, wird aufgehoben.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, das öffentliche Ausschreibungsverfahren für den Rahmenvertrag bezüglich der Geh- und Radwegsanierung im Stadtgebiet inklusive der Ortsteile von Eberswalde entsprechend der in der Sachverhaltsdarstellung festgelegten Kriterien durchzuführen und den Auftrag zu erteilen.
Der Vertrag beginnt im Jahr 2024 und endet spätestens am 31.12.2028, wenn nicht nach 2 Jahren ordentlich gekündigt wird. Das maximale Auftragsvolumen beträgt für 4 Jahre 800.000,00 EUR.

TOP 11.5

Vorlage: BV/0973/2024

Einreicher/zuständige Dienststelle:

40 - Amt für Kindertagesstätten und städtische Grundschulen

Öffentliches Ausschreibungsverfahren für die Essenversorgung in den Grundschulen, Horten und Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde

Herr Schlüter teilt mit, dass es im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) eine längere Debatte gegeben habe und daraus resultierend auch vier Enthaltungen. Grund sei der erläuternde Text bei den Angaben zu den finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorlage auf Seite 2. Er hatte eine Anpassung zur StVV zugesagt und teilt folgende Änderung der Erläuterung im Namen des Einreichers mit: „Im Planansatz ist eine fehlende Summe i. H. v. 44.124,31 EUR zu verzeichnen. Sollte diese Abweichung eintreten, wird die Stadtverwaltung nach der Vergabe prüfen, ob die Ertragsposition anzupassen ist. Ab dem HH-Jahr 2026 ff. erfolgt ein neuer Planansatz.“ Es handele sich um eine sehr kleine Abweichung gegenüber dem Haushaltsansatz von 1,7 % und es sei sehr wohl möglich, dass die Deckung über eine noch schärfere Prognose der Essengelderträge erfolgen könne. Das heißt, dass jeder kleine Puffer aus der Ertragsrechnung herausgenommen werde, um zu schauen, ob es ausreiche, ehe andere Maßnahmen vorgeschlagen werden. Mit dieser Änderung werde deutlich gemacht, dass es mit diesem Beschluss hier nur um die Erfüllung der Pflichtaufgabe im Bereich der Essenversorgung gehe und eine Anpassung von Satzungen und Richtlinien die Stadtverordneten entscheiden.

Herr Zinn teilt mit, dass er der Beschlussvorlage zustimmen werde, jedoch habe er in der Fachdebatte seine Verwunderung zum Ausdruck gebracht, dass die Stadtverordneten nicht in der abschließenden Entscheidung beteiligt worden seien. Ferner habe er ein längeres und intensives Telefonat mit der zuständigen Sachgebietsleiterin geführt, was er auch alles nachvollziehen könne. Er habe die Erfahrung gemacht, dass, wenn er Beschlussvorlagen zustimme, die man selber kaum verstehe, wie das neue Vergabeverfahren, die Stadtverordneten Dinge gar nicht mehr zur Kenntnis bekommen, sondern die AG Essen, welche kommunalrechtlich nicht legitimiert sei, bei Geschäften der laufenden Verwaltung beratend und unterstützend der Verwaltung zur Seite stehe. Er würde es begrüßen, wenn sich Unternehmen aus unseren Regionen bewerben und auch den Zuschlag erhalten würden. Er bittet, dass die AG Essen mitgenommen werde, um nicht wie in der Vergangenheit viele Sachen im Nachgang der Vergabe in den Ausschüssen aufarbeiten zu müssen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 47/442/24

Der Bürgermeister wird beauftragt, das erforderliche Vergabeverfahren zur „Essenversorgung für die Grundschulen, Horte und Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde“ entsprechend des in der Sachverhaltsdarstellung festgelegten Verfahrens durchzuführen und die Aufträge zu erteilen. Der geschätzte Auftragswert beträgt insgesamt ca. 10.115.477,00 €.

Um 20:02 Uhr wird eine 23-minütige Pause eingelegt.

Die Sitzung wird um 20:25 Uhr fortgesetzt.

TOP 11.6

Vorlage: BV/0987/2024

Einreicher/zuständige Dienststelle:

Bau eines Ortsteilzentrums im Ortsteil Clara-Zetkin-Siedlung

Herr Wolfgramm beantragt im Namen der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur die Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt, den Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration, den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport sowie den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich zugestimmt

TOP 11.7

Vorlage: BV/1003/2024 **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
30 - Rechtsamt

Ausschlagung einer Erbschaft

Herr Berendt teilt mit, dass es sich beim vorliegenden Beschlussvorschlag um die Ausschlagung einer Erbschaft handeln würde. Die Erbschaft sei zugunsten der Stadt formuliert, allerdings mit einer sehr ungewöhnlichen Verfügung. Es gebe in der Summe drei Auflagen, die die Stadtverwaltung umzusetzen hätte. Herr Berendt legt dar, dass die Stadt beauftragt sei, binnen zwei Jahren aus dem sanierungsbedürftigen Wohnhaus des Erblassers dauerhaft ein Museum herrichten zu müssen. Des Weiteren sollen die im Nachlass befindlichen Musikstücke und Literatur aufgeführt und verlegt werden und ein ordnungsgemäßer Museumsbetrieb aufrechterhalten werden. Trotz der Kürze der Zeit habe es die Verwaltung geschafft, insgesamt das Objekt in Augenschein zu nehmen und dabei festgestellt, dass erhebliche bauliche Veränderungen erforderlich seien, auch die Frage einer möglichen energetischen Sanierung in Frage stehen würde sowie auch laufende Kosten für den Betrieb und die Bewirtschaftung einer solchen Einrichtung dann anstehen würden. Mit Blick auf die Haushaltssituation seien diese Mittel weder in der Planung noch in der Mittelfristplanung darstellbar. Dadurch, dass der Betrieb durch den Erblasser auf Dauer ausgerichtet sei, wäre die Stadt in einer Situation, wo eine dauerhafte finanzielle Belastung der Stadt gegeben ist, die derzeit nicht belastbar und auch nicht zu beziffern sei. Insofern und aufgrund der Nichtverfügbarkeit vorhandener Haushaltsmittel aktuell und auch nicht in absehbarer Zukunft, empfiehlt die Verwaltung die Ausschlagung dieser Erbschaft.

Herr Jede beantragt zur Behandlung von Angelegenheiten, die der Nichtöffentlichkeit bedürfen, die Herstellung der Nichtöffentlichkeit. Zur Begründung führt Herr Jede aus, dass schutzwürdige Belange Dritter dies erfordern.

Die Nichtöffentlichkeit der Sitzung wird um 20:36 Uhr hergestellt.

Nach Behandlung der Angelegenheiten, die der Nichtöffentlichkeit bedürfen, wurde die Öffentlichkeit der Sitzung um 20:53 Uhr wiederhergestellt.

Herr Rennert stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich zugestimmt

Die gestellten Fragen konnten beantwortet werden.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 47/443/24

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Bürgermeister beauftragt wird, fristgerecht die aufgrund des notariellen Testaments des Notars Dirk Zieger vom 11.04.2011 (Urkundenrolle Nummer 322/2011) zu Gunsten der Stadt Eberswalde angefallene Erbschaft auszuschlagen

TOP 12

Informationsvorlagen

TOP 12.1

Vorlage: I/0037/2024

Einreicher/zuständige Dienststelle:

65 - Tiefbauamt

Vergabebericht im Vergabejahr 2023 - Teil 2 von 2

Herr Zinn fragt, woran es liegen könne, dass die Bewerberlage für Vergabeverfahren trotz kleiner Lose und Vergaben rückläufig sei. Er hätte sich gewünscht, dass der Unternehmerverband auch in einem der Fachausschüsse eingeladen worden wäre, um solche Fragen diskutieren zu können. Bezugnehmend auf einen der letzten Bauausschüsse habe der sachkundige Einwohner Herr Bohn dieselbe Frage gestellt. Er rege an, dass sich mit diesem Thema intensiver beschäftigt werde, warum sich einheimische Unternehmen nicht bewerben.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Übersicht der vergebenen Aufträge im zweiten Vergabehalbjahr 2023 – Teil 2 von 2 - zur Kenntnis.

TOP 13

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Herr Schlüter teilt bezugnehmend auf die Anfragen von Herrn Zinn unter TOP 11.1 der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 22.02.2024 Folgendes mit:

Zur Frage, ob der Jugendclub STINO nur von Mittwoch bis Freitag geöffnet sei (was zumindest auf der Internetseite stand), teilt Herr Schlüter mit, dass die Internetseite inzwischen angepasst worden sei. Der STINO sei derzeit dienstags bis freitags von 12 bis 18 Uhr für offene Treffpunktarbeit geöffnet. Am Montag finde dort von 12 bis 14 Uhr lebenspraktisches Training (gemeinsames Kochen, Beratung zu Themen wie Kommunikation, Umgang mit Behörden, etc.) statt. Darüber hinaus erklärt Herr Schlüter, dass das neue STINO-Team Programm und Öffnungszeiten derzeit gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen reflektiere und gegebenenfalls auch anpassen werde. Umfangreiche Informationen dazu werde es in der Sitzung des ABJS am 12.03.2024 geben, für die der STINO auf

der Tagesordnung stehe.

Zur Frage, ob die Stadtverwaltung die Absicht hege, die Schulsozialarbeit in städtische Verantwortung zu nehmen, teilt Herr Schlüter mit, dass die Stadtverwaltung beabsichtige, ab August 2024 die Schulsozialarbeit an der Grundschule Schwärzesees in städtische Trägerschaft zu nehmen. Hierbei handele es sich um 2,5 Vollzeitstellen – verteilt auf wahrscheinlich drei Personen. Es sei die Absicht, dass Mitglieder dieses Teams ihre Arbeitszeit auf die Aufgaben vor Ort an der Schule fokussieren.

An der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule soll es im kommenden Schuljahr in städtischer Trägerschaft 1,625 Vollzeitstellen geben – verteilt auf zwei Personen.

An der Grundschule Finow soll es im kommenden Schuljahr in freier Trägerschaft 1,5 Vollzeitstellen geben – verteilt auf 2 Personen. Auch bei diesen beiden Schulen sei angedacht, dass die Sozialarbeiterinnen den angegebenen Stellenumfang im Schulkontext verbringen.

Herr Hoeck teilt mit, dass die von Herrn Prof. Creutziger in der 46. Sitzung der StVV am 25.01.2024, TOP 12.3 gestellte Anfrage „Trocknungsprozess St.-Georgs-Kapelle“ (**Anlage 6**) an alle Stadtverordnete vor der Sitzung verteilt wurde.

TOP 13.1

Gemeinsame Berichterstattung der zuständigen sach- und fachbezogenen Dezernats- und Amtsleitung zu Schwerpunkten der inhaltlichen und organisatorischen Arbeit im Zoologischen Garten der Stadt Eberswalde im Jahr 2024

Herr Walter stellt im Namen seiner Fraktion DIE LINKE. den Geschäftsordnungsantrag, dass dieser Tagesordnungspunkt in den Hauptausschuss verwiesen werde.

Abstimmungsantrag zum Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich zugestimmt

TOP 13.2

Gemeinsame Berichterstattung des Bürgermeisters und der Leitung des Brandschutzamtes zur Gewährleistung des Brand- und Katastrophenschutzes an städtischen Grundschulen und Kindertagesstätten

Herr Walter stellt im Namen seiner Fraktion DIE LINKE. den Geschäftsordnungsantrag, dass dieser Tagesordnungspunkt in den Ausschuss für Wirtschaft verwiesen werde.

Abstimmungsantrag zum Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich zugestimmt

TOP 13.3

Anfrage: AF/0125/2024

Einreicher/zuständige Dienststelle:

Bündnis 90/Die Grünen

Nutzung der Borsighalle

Herr Herrmann teilt mit, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

Frau Oehler teilt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass sie einverstanden sei.

13.4 Herr Zinn:

- teilt mit, dass er keine Gleichbehandlung im TOP 13 sehe, da die Anfrage von Frau Oehler auch im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) hätte beantwortet werden können
- fragt, wer für die Organisation und Planung der letzten Jahreshauptversammlung der Feuerwehr der Stadt Eberswalde zuständig gewesen sei; er fragt weiter, ob der Sprecher sowie die Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehren einbezogen worden seien; er habe sich gefragt, warum mit 130 Feuerwehrleuten eine Jahreshauptversammlung im Konferenzsaal des Tourismuszentrums und nicht in der Stadthalle „Hufeisenfabrik“ abgehalten werde; er hätte sich gewünscht, dass die Planung so zeitig vorgenommen werden würde, dass die Räumlichkeiten für eine Jahreshauptversammlung dann auch zur Verfügung stehen würden; er fragt ferner, ob bei der Feuerwehr gespart werden müsse und das Catering nicht mehr ausreiche; Herr Berendt sei vertretend für den Bürgermeister auf der Jahreshauptversammlung gewesen und es habe keine gute Stimmung gegeben; er hoffe, dass die diesjährige Jahreshauptversammlung in einem anderen Rahmen stattfinden könne und auch alle Fraktionen vertreten seien; er habe bereits mehrfach Vorschläge eingebracht; vielleicht könne es im Rahmen eines Feuerwehrballes in einer größeren und längeren Runde stattfinden, da insbesondere auch die Partner eingeladen werden könnten, um sich auf diese Art und Weise auch einmal bei allen zu bedanken

Herr Herrmann bedankt sich bei Herrn Berendt, der ihn vertreten habe. Nach seiner Kenntnis sei die Berufsfeuerwehr für die Organisation der Jahreshauptversammlung zuständig. Er teilt mit, dass er die Anregungen von Herrn Zinn mitnehmen werde. Er bedanke sich bei Herrn Zinn für die Hinweise und Ideen, die er mit Herrn Colberg besprechen werde. Herr Herrmann informiert, dass die Freiwillige Feuerwehr Eberswalde im nächsten Jahr ihr 100-jähriges Bestehen habe, welches gefeiert werden soll. Er werde weiterhin im Fachausschuss oder in der StVV informieren.

- teilt mit, dass er die Rathaustermine des Bürgermeisters verfolge und festgestellt habe, dass der Bürgermeister am Freitag, dem 01.03.2024, um 10:30 Uhr, einen Termin zur Vorstellung der neuen O-Busse habe, wengleich die Barnimer Busgesellschaft im Streik sei

Herr Herrmann teilt mit, dass sehr sensibel auf solche Streitigkeiten im Tarifstreik reagiert werde und der Termin abgesagt worden sei.

- fragt, ob es objektive und subjektive Gründe gebe, warum das Amt für Wirtschaftsförderung nur noch aus der kommissarischen Amtsleiterin bestehe; nach seinen Informationen sei eine Sachbearbeiterin aushilfsweise zum Kulturamt gewechselt

Herr Herrmann teilt mit, dass die Sachbearbeiterin zum Kulturamt gewechselt sei, weil das Kulturamt im Bereich Kunst und Kultur personell nicht gut besetzt sei. Bezugnehmend auf seinen gehaltenen Bericht teilt er mit, dass in nächster Zeit sehr viele Veranstaltungen geplant seien, die zusätzlich zu den üblichen Arbeiten anstehen würden. Er habe deswegen veranlasst, eine

Verstärkung dort vorzunehmen, da die Kollegin dort Erfahrungen habe. Ferner habe es eine Kündigung im Bereich Wirtschaftsförderung gegeben, so dass es derzeit faktisch in der Tat nur eine besetzte Personalstelle gebe. Es sei beabsichtigt, im April oder Mai 2024 die Amtsleitung für das Amt Wirtschaftsförderung mit einem veränderten Profil auszuschreiben. Er sei in dieser Sache bereits im Gespräch und dies werde intern geklärt. Genauer werde er zu gegebener Zeit im Fachausschuss berichten und sich um eine Lösung bemühen.

13.5 Herr Prof. Creutziger:

- teilt zum neuen Museumsdepots mit, dass Herr Schlüter angeboten hätte, dass das neue Museumsdepots, welches für die nächsten Jahre genutzt werden könne, von Interessenten besichtigt werden könne; als Termin für die Rückmeldung beim Kulturamt einer möglichen Besichtigung sei heute genannt; die Rückmeldefrist wurde bis zum 01.03.2024 verlängert; Interessierte können sich das neue Museumsdepots dann gerne anschauen

13.6 Herr Banaskiewicz:

- fragt, wie es personell mit dem Standesamt, mit dem Zoo und mit der Berufsfeuerwehr weitergehe

Herr Herrmann teilt mit, dass über das Thema Zoo im Hauptausschuss berichtet werde, weil das Thema verwiesen worden sei. Er gehe davon aus, dass Herr Banaskiewicz die Stelle Technische Leitung des Zoos meine.

Herr Berendt teilt zum Standesamt mit, dass alle drei Mitarbeiterinnen erfolgreich ihre Qualifizierung durchlaufen und auch die sich anschließende Prüfung bestanden hätten. Derzeit würden sich alle drei Mitarbeiterinnen in der Hospitation befinden. Die Verwaltung sei derzeit noch in Verhandlung mit der Aufsicht des Landkreises Barnim, ab wann die Bestellungen vorgenommen werden könnten, so dass Beurkundungen wieder durch die Stadt Eberswalde erfolgen können. Es werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen – bis dahin nutze das Standesamt die Unterstützungsleistungen wie bisher von den umliegenden Gemeinden für die Fragen der Beurkundungen. Er informiere regelmäßig im AWF über den Stand des Standesamtes.

Herr Schlüter teilt zum Stand des Ausschreibungsverfahrens für die technische Leitung des Zoos mit, dass die Ausschreibungsfrist noch bis zum 01.03.2024 laufe. Es sei noch möglich, Bewerbungen einzureichen, wenn diese den Anforderungen entsprechen. Er könne voraussichtlich in der nächsten Hauptausschusssitzung einen ersten Zwischenstand geben.

13.7 Herr Zinn:

- bedankt sich bei Herrn Herrmann und Herrn Schlüter für die ausführliche Beantwortung seiner Anfragen
- fragt, wann die erneute Ausschreibung der Amtsleitung des Ordnungsamtes erfolge unter Berücksichtigung, dass der derzeitige Amtsleiter des Ordnungsamtes zum Ende des Jahres in den Ruhestand gehen werde

Herr Schlüter teilt mit, dass das Verfahren zur Besetzung der Amtsleitung des Ordnungsamtes im

März 2024 im zuständigen Ausschuss erläutert werde.

- merkt an, dass das Rathaus einen neuen Farbanstrich gebrauchen könne
- teilt bezugnehmend auf das Einkaufszentrum „Heidewald“ mit, dass, wenn das Oberlandesgericht gegen den Supermarkt NETTO entscheide, der Supermarkt voraussichtlich innerhalb von vier Wochen räumen müssen; sofern dies eintreten sollte, befürchte er, dass dann auch alle anderen Geschäfte kündigen würden; er würde es begrüßen, dass sich der Bürgermeister das kleine Ladengeschäft für die durch die AWO geplante Notversorgung ansehen würde; er weise darauf hin, dass, wenn man eine alternative Nahversorgung möchte, dies in anderen Dimensionen erfolgen sollte

Herr Herrmann teilt mit, dass er über jede Hilfe dankbar sei. Leider habe die AWO keine größeren Räumlichkeiten, weil es diese baulich nicht gebe. Mit einer Notversorgung würde vorerst Abhilfe geschaffen. Er habe gelernt, dass man sich auch über Kleinigkeiten freuen könne.

13.8 Herr Dietterle:

- habe aus einem Gespräch mit einem Bürger erfahren, dass dieser mit seiner kranken Frau, die im Rollstuhl sitze, zum baff gefahren sei, um dort behandelt zu werden, jedoch hätte der Ehemann keinen Parkplatz gefunden, so dass er das Auto auf einem Behindertenparkplatz abgestellt hätte; als der Ehemann wieder zurückgekommen sei, habe er einen Strafzettel vorgefunden; er habe sich telefonisch beim Ordnungsamt der Stadt Eberswalde gemeldet und den Sachverhalt erläutert, jedoch sei keine Lösung gefunden worden; Herr Dietterle fragt, ob es in einer Notsituation, wie von ihm geschildert, einen Ermessungsspielraum gebe; er fragt generell, ob auf dem Gebiet besser für die Bürgerinnen und Bürger gehandelt werden könne

Herr Herrmann teilt mit, dass es bestimmte Regularien gebe, an die sich jeder halten müsse. Er werde sich mit Herrn Ewald in Verbindung setzen und nachfragen, ob die Parksituation vor dem baff verändert werden könne oder einen Kurzzeitparkplatz eingerichtet werden könne. Ferner gebe es die Möglichkeit, einen Schwerbehindertenausweis zu beantragen.

Die Anfragen enden um 21:41 Uhr.

Herr Hoeck beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:41 Uhr.

gez. Martin Hoeck
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

gez. D. Wurmsee
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde (GOSTVVEV) wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Bürgermeister**
Götz Herrmann

- **SPD | BFE**
Kurt Fischer
Johannes Kraushaar per Videozuschaltung
Katja Lösche
Steve Rennert
Riccardo Sandow
Thomas Stegemann
Isabell Sydow
Ringo Wrase

- **DIE LINKE.**
Sabine Büschel per Videozuschaltung
Irene Kersten
Volker Passoke entschuldigt
Katharina Walter entschuldigt
Sebastian Walter

- **CDU**
Stefan Grohs entschuldigt
Uwe Grohs
Danko Jur anwesend ab 19:22 Uhr
Dietmar Ortel

- **FDP | Bürgerfraktion Barnim**
Frank Banaskiewicz
Simone Blum
Martin Hoeck
Götz Trieloff

- **Bündnis Eberswalde/Einzelstadtverordnetenentschaft**
Ronny Hiekel
Viktor Jede
Christian Mertinkat
Carsten Zinn per Videozuschaltung

- **Bündnis 90/Die Grünen**
 Prof. Johannes Creutziger
 Johanna Funk entschuldigt
 Karen Oehler
 Torsten Wiebke

- **Alternative für Deutschland**
 Florian Eberhardt
 Thomas Krieg entschuldigt
 Tilo Weingardt

- **Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur**
 Oskar Dietterle per Videozuschaltung
 Mirko Wolfgramm

- **Die Mitte**
 Heinz-Dieter Parys anwesend ab 18:49 Uhr
 Sabrina Parys anwesend ab 18:49 Uhr

- **Ortsvorsteher/in**
 Helmut Herold

- **Dezernent/in**
 Maik Berendt
 Anne Fellner
 Bernd Schlüter

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
 Chris Liebenau

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
 Birgit Jahn
 Dr. Markus Mirschel
 Stefan Prescher